**Absender
Fraktion DIE LINKE./BfBB**

Drucksachen-Nr.

0469/2012

öffentlich

Antrag

**der Fraktion, der/des Stadtverordneten
Fraktion DIE LINKE./BfBB**

**zur Sitzung:
Rat der Stadt Bergisch Gladbach am 23.10.2012**

Tagesordnungspunkt

**Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB vom 14.09.2012 zu den Steinen in
der Fußgängerzone Innenstadt Bergisch Gladbach**

Inhalt:

Mit Schreiben vom 14.09.2012 beantragt die Fraktion DIE LINKE./BfBB, die Entscheidung über den vom Planer geforderten Baustop und die sonstigen Konsequenzen dem Rat vorzulegen. Ferner werden mit diesem Schreiben 12 weitere Fragen gestellt.

Das Schreiben ist dieser Vorlage beigelegt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Das Planungsbüro Fischer hatte - im Sinne der Bauherrin Stadt Bergisch Gladbach - gefordert, die farblichen Schattierungen im Bereich der Vorzone nicht zu akzeptieren und die Flächen auf Kosten des Auftragnehmers auswechseln zu lassen. Nach Begutachtung und juristischer Beratung sind diese Farbunterschiede jedoch nicht so ausgeprägt, dass eine so weit greifende Forderung Erfolg verspricht. Zwischenzeitlich haben sich die Vertragsparteien auf eine Preisminderung für den Bereich der Vorzone geeinigt; die verlegten Flächen bleiben. Die Arbeiten werden derzeit weiter geführt.

Damit ist die Meinungsverschiedenheit zwischen den Beteiligten erledigt.

Zu den übrigen Fragen der Fraktion:

1. Wer hat die Verwaltung dazu ermächtigt, gleich zwei Gutachten einzuholen?
2. Wer hat die Gutachten erstellt?
3. Was haben die Gutachten gekostet?
4. Wer bezahlt sie?

Antwort:

Das erste "Gutachten" - genauer: eine Stellungnahme - ist seitens der Herstellerfirma der Steine, der Firma Metten, bei Herrn Dr. Voss von der Materialprüfungs- und Versuchsanstalt Neuwied angefertigt worden. Wieviel es kostet und wer bezahlt kann nicht beantwortet werden.

Die zweite Stellungnahme wurde auf Wunsch der Verwaltung von Herrn Schneider angefertigt. Herr Schneider ist Sachverständiger für das Pflasterhandwerk und ist beauftragt, den Pflaster- und Platteneinbau sowie die Abnahmen dieser Arbeiten zu begleiten sowie die technischen und funktionalen Anforderungen zu beurteilen. Die Abrechnung dieser Maßnahme ist noch nicht erfolgt; es wird nach Stundenaufwand abgerechnet.

5. Weiß die Bezirksregierung davon und hat sie zugestimmt?

Antwort:

Die Qualitätskontrolle für die Arbeiten am Projekt Stadt gestalten im Rahmen der Regionale 2010 obliegt der Nachfolgeorganisation der Regionaleagentur. Mit Herrn Dr. Molitor von Region Köln/Bonn e.V. ist das Vorgehen abgestimmt.

6. Wie hegen Sie das vom Planer beanstandete Hinnehmen der Mängel im Hinblick auf die Entscheidung des Rates?

Antwort:

Der Planer hat zunächst einmal seine Aufgaben wahrgenommen und die am weitest gehende Forderung aufgestellt. Im Laufe der Beratungen sind jedoch alle Beteiligten zu dem Schluss gekommen, dass diese Forderung unverhältnismäßig ist. So konnte mit der zuvor benannten Preisminderung ein Kompromiss gefunden werden. Beurteilungen über Farbschwankungen sollten nicht Gegenstand einer Ratsentscheidung sein.

7. Warum gilt hier die von der Verwaltung immer wieder vertretene Ansicht, eine andere als die geplante Ausführung gefährde die Zuschüsse?

Antwort:

Jede Qualitätsminderung im Projekt würde die Frage nach der Zuschussgewährung nach sich ziehen. Im vorliegenden Fall ist jedoch keine Änderung der geplanten Ausführung erfolgt. Für die Farbschattierungen wurde eine Preisminderung erreicht.

8. Warum lassen Sie nicht den Rat entscheiden, ob die Mängel toleriert werden?

Antwort:

Weil es sich hier um eine technische und juristische Fragestellung handelt. Das Werk ist nach den Regeln der Technik zu erstellen; hierbei gibt es Toleranzen, welche in jedem Baugewerk zu berücksichtigen sind. Dies entzieht sich der Entscheidung des Rates.

9. Warum trägt der Planer nicht das Risiko, wenn die Stadt die von ihm geplante Ausführung durchsetzt und den von ihm geforderten Baustopp anordnet?

Antwort:

Wie schon Eingangs erwähnt hat der Planer zunächst eine "Maximalposition" gegenüber der ausführenden Firma vertreten. Im Laufe der Beratung mit Fachleuten und Juristen ist ein Kompromiss erzielt worden, der sowohl der Auftraggeberin sowie dem Auftragnehmer wie auch dem Planer gerecht wird.

10. Hat der von der Stadt als Selbständiger beauftragte frühere Mitarbeiter des Bauamtes seine Aufsichtspflicht verletzt? Wann hat er erstmalig Mängel entdeckt, wann hat er sie der Verwaltung mitgeteilt und wie oft hat er die Baustelle besichtigt? Liegen Unterlagen über den jeweiligen Baufortschritt vor und darüber, wie viele qm an welchen Tagen verlegt wurden? Wir möchten diese Unterlagen sehen.

Antwort:

Die Aufsichtspflicht wurde nicht verletzt. Der Baufortschritt wird täglich dokumentiert und ist somit aktenkundig. Eine gemeinsame Besichtigung erfolgt in der Regel zweimal in der Woche. Die tägliche Bauüberwachung und Bauleitung der Baustelle gehört zu den Aufgaben des beauftragten Planungsbüros.

11. Die gleichen Fragen stellen wir bezüglich des heutigen Leserbriefes über verlegte beschädigte Platten. Gibt es weitere Mängel, ggf. welche und zu wessen Lasten sollen die Kosten gehen, die durch ihre Beseitigung entstehen?

Antwort:

Mängel werden im Rahmen der Abnahme protokolliert. Die Baufirma wird anschließend mit einer Fristsetzung zur Mängelbeseitigung aufgefordert.

12. Hat ggf. wer bereits Teile des Auftrages abgenommen? Ggf. um welche Teile handelt es sich und was ist für die Abnahme im Vertrag vereinbart?

Antwort:

Abnahmen erfolgen nach § 12 VOB/B. Da abgeschlossene Teile der Leistung (in Gebrauch genommen werden) und abzunehmen sind (Teilabnahmen), hat es für mehrere Abschnitte diese Abnahmen gegeben. Es handelt sich um folgende Bereiche:

A Hauptstraße vom Driescher Kreuz bis zur Poststraße

B südliche Poststraße

C östliche Hauptstraße vom Konrad-Adenauer-Platz bis zur Buchmühlenstraße